

## »blickpunkt« Festtage



Mörfelden feiert in diesem Jahr sein 1200jähriges Bestehen. Viele Vereine tragen zu diesem Bürgerfest bei. Der „blickpunkt“, die Stadtzeitung der DKP, startet aus diesem Anlaß die „blickpunkt“- Zelttage. An drei Tagen, vom 11. bis 13. Juni 1976, wird was los sein auf dem Festplatz in Mörfelden.

Für ein vorwiegend jugendliches Publikum gibt es am Freitagabend den Auftakt mit „Kittner“ aus Hannover. Kittner, das beste „Ein-Mann-Kabarett der Bundesrepublik“ wird wie bei allen Auftritten auch in Mörfelden die Bude zum wackeln bringen.

„The Preachers“, eine bekannte Rockgruppe aus Frankfurt, sorgt dabei für die Musik.

Der Samstag beginnt mit dem Platzkonzert einer Schalmeyenkapelle. Von den jüngeren Leuten kennt kaum ▶







noch einer Schalmeien. Vor 1933 waren solche Kapellen bei vielen Vereinen zu finden. Erstmals also wieder eine Schalmeienkapelle in Mörfelden.

Am Nachmittag gibt es im Festzelt ein internationales Meeting. Dabei wirken u.a. mit: die chilenische Song- und Tanzgruppe „Victor Jara“ und die griechische Gruppe „Ramiosini“. Der Samstagabend gehört der Blasmusik, eine bekannte Trachtenkapelle mit Gesang bringt alles, was zu einem zünftigen Schwof gehört.

Höhepunkte auch am Sonntag. Der Frühschoppen ist natürlich obligatorisch und schon am Nachmittag geht es „in die Vollen“. Es spielen im Zelt „Peter, Paul & Barmbeck“, eine Skiffle-Group aus Hamburg, die seit langem zur Spitzenklasse gehört. Weiter wirken mit: die Münchener Songgruppe, eine Gruppe, die mit modernen Songs und Blasmusik sich auch im Fernsehen einen Namen gemacht hat. Gleichzeitig gibt es hinter dem Festzelt ein großes Kinderfest mit einem riesigen Kletter-Luftkissen und vielen Attraktionen.

Der Sonntag-Abend-Abschluß gehört den Vereinen. Die „Diabolinos“, eine bekannte Band, spielt zum Tanz bis zum Festende. Alles zusammen eine runde Sache. Für die ganz jungen, für das Mittelalter und für die Älteren, die auch mal eine Blasmusik-Polka tanzen wollen. Eingeladen sind alle!



*Heute wieder ein interessantes Foto vom „alten Mörfelden“. Die „Sternwarte“ steht noch und die Langener Straße ist unbefestigt.*

*Eine ganze Sammlung solcher Foto-Raritäten sind in unserem Buch über die Arbeiter- und Sportgeschichte Mörfeldens abgedruckt, das auf dem großen „blickpunkt“-Fest erstmals verkauft wird.*

*Wir suchen weiterhin für die Veröffentlichung im „blickpunkt“ Fotos und Zeichnungen von Straßen und Plätzen, von Kultur-, Sport- und anderen Veranstaltungen. Beim Abdruck eines geeigneten Bildes erhält der Einsender 10,- DM. Die Bilder werden innerhalb einer Woche zurückgegeben.*





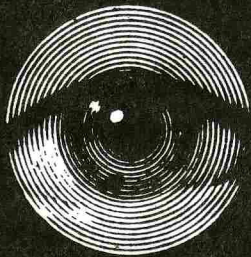
„Vollbeschäftigung – soziale Sicherheit“, „Ausbildungsplätze für alle Jugendlichen“, „Weg mit den Berufsverboten“ lauteten unter anderem die Forderungen auf den Transparenten, anlässlich des diesjährigen 1. Mai. Vor vollbesetztem großen Saal eröffnete Artur Siegel die Mai-Veranstaltung. Das Programm gestalteten die Gesangsabteilung der SKV, der Musikzug und die Kunstradgruppe der SKV-Mörfelden, die viel Beifall erhielten. Die Theatergruppe des Jugendzentrums spielte ein Stück nach einer Idee der Gewerkschaftsjugend zur Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenknappheit, das ebenfalls gut ankam. Danach hielt Kollege Jürgen Trübe die Mai-Ansprache. Im Vordergrund stand die Solidarität mit den streikenden Kollegen der IG Druck, die erreichten Fortschritte auf dem Gebiet der internationalen Entspannung, der Politik der friedlichen Koexistenz sowie eine scharfe Kritik an der Haltung der Unternehmer, zu den verfassungswidrigen Aussperrungen und der Profit-Preis-Spirale. Spontan wurden fast 400 DM für die streikenden Drucker gesammelt und nach Abschluß der Demonstration auf dem Dalles eine Solidaritätserklärung aller Teilnehmer verabschiedet.

Am Nachmittag fand im Waldstadion ein kleines Kinderfest statt und das schon traditionelle Schülerfußballturnier wurde fortgesetzt.





## BLICKPUNKT KOMMUNAL



### Aus dem Stadtparlament

Im vergangenen Frühjahr verabschiedete die Mörfelder Stadtverordnetenversammlung erstmals einen Doppelhaushalt für die Jahre 1975 und 1976. Deshalb mußte nun dieses Jahr sehr früh, schon im April, ein Nachtragshaushalt erstellt werden. Die Verabschiedung erfolgt in der Stadtverordnetenversammlung am Montag, dem 24. Mai 1976.

Was sind nun die wesentlichen Veränderungen auf den Einnahmen- bzw. Ausgabenseiten des Haushaltsplanes?

Mörfelden hat dieses Jahr 350.000 DM an Gewerbesteuer mehr zu erwarten wobei sich Nachzahlungen und erstmalige Veranlagungen bemerkbar machen. Dafür erhöht sich aber die Gewerbesteuerumlage um 140.000 DM, denn von der Gewerbesteuer verbleiben nur 60 Prozent der Stadt, der Rest muß an Bund und Land abgeführt werden. Das Land Hessen kürzt aber gleichzeitig seine Schlüsselzuweisungen (Zuschüsse des Landes an die Gemeinden) um 368.000 DM. Diese Kürzungen erfolgen nicht zuletzt wegen des höheren Gewerbesteueraufkommens der Stadt. So daß es wie Bürgermeister Brehl es in seinen Ausführungen nennt, ein Trugschluß ist, wenn man glaubt, daß mit einer Gewerbe- und Industrieansiedlung haushaltsmäßig ein finanzieller Gewinn erzielt werden kann, denn die Gesamtinvestitionen, also die Vorleistungen der Stadt für diese Gebiete, lassen sich durch entsprechende Einnahmen nur sehr langfristig wieder ausgleichen. Die Erhöhung der Kreisumlage (Mittel, die von den Städten und Gemeinden an den Kreis abgeführt werden müssen) schlägt mit 106.000 DM zu Buche.

Erfreulich ist selbstverständlich, daß die vielen Sporttreibenden in Mörfelden eine neue Sporthalle bekommen. Die Kosten von 1,8 Millionen hierfür, einschließlich Sportgeräte, müssen von der Stadt allein, ohne Zuschüsse von Land und Kreis, aufgebracht werden.

Wegen der zahlreichen Maßnahmen, die im Jahre 1976 zusätzlich in Angriff genommen werden sollen, müssen über 200.000 DM Kredite mehr aufgenommen werden. Somit beträgt der Schuldenstand Mörfeldens 9,3 Millionen DM. Die Verschuldung auch unserer Stadt steigt also ständig an, obwohl die Pro-Kopf-Verschuldung in Mörfelden mit 770,- DM im Vergleich zu anderen Städten noch relativ günstig dasteht. Bernhard Brehl schreibt dazu:

„Dies besagt jedoch keineswegs, daß Zufriedenheit über die finanzielle Entwicklung herrschen kann. Die Gesetzgeber in Bund und Land müssen nachdrücklich daran erinnert werden, daß den Städten und Gemeinden durch eine Umverteilung des Steueraufkommens eine spürbare Entlastung zuteil wird. Die in den Verfassungen garantierte Selbstverwaltung kann auf die Dauer nur dadurch gesichert werden, wenn die Gemeinden ein konstantes Einnahmefinanzvolumen zur Verfügung haben, damit auch weiterhin die Daseinsfür- und -vorsorge grundsätzlich sichergestellt werden kann.“

Solche Ausführungen können wir nur voll unterstreichen. Hoffentlich dringen sie auch bis zu den Ohren der verantwortlichen Sozialdemokraten in Bonn und Wiesbaden.

Diese Worte decken sich inhaltlich mit den Ausführungen des DKP-Sprechers bei der Verabschiedung all unserer Haushaltspläne seit 1968.

### Altglas einmal bürokratisch

Wie im „blickpunkt“ berichtet, hat die DKP-Fraktion eine Anfrage an den Magistrat gerichtet, ob er gewillt sei, eine Sammelstelle für Altglas auf dem Gelände des Bauhofes einzurichten. Der Erlös aus dem Verkauf sollte der Mörfelder Jugend- und Altenhilfe zur Verfügung gestellt werden.

Aus der Antwort des Bürgermeisters geht hervor, wie schwerfällig und bürokratisch so manche Amtsstelle arbeitet. Die Verwaltung Mörfeldens hat das Umweltministerium in Wiesbaden und den Kreis Ausschuß Groß-Gerau um Stellungnahmen gebeten.

Der Umweltminister teilt hierzu mit: „Die Erfahrungen mit Altglassammelstellen sind sehr dürftig. Sinnvoll ist das Aufstellen von Containern, die jedoch einer ständigen Überwachung bedürfen, damit auch lediglich Glas eingeworfen wird.“

Der Kreis Ausschuß teilt mit:

„Flaschenscherben und Glas gehören nach den Bestimmungen der Abfallbeseitigungssatzung des Kreises und der Müllabfuhrsatzung der Stadt Mörfelden zum Hausmüll. Diese Regelungen sollten unabhängig von einer eventuellen Einrichtung einer Altglassammelstelle beibehalten werden. Das Einrichten einer Altglassammelstelle bedarf nach Auffassung des Kreis Ausschusses einer Satzungsänderung. Es ist beabsichtigt, in absehbarer Zeit eine Studie über die Verwertung von Altglas und die Einrichtung von Altglassammelstellen vorzulegen, deren Verwirklichung sodann mit den Städten und Gemeinden erörtert werden soll.“

Die von der Verwaltung angeschriebenen Firmen schreiben, daß sie bis zu 35,- DM je Tonne Altglas zahlen, nur sollten keine Deckel, Verschlüsse und Korken in den Container gelangen. Auch der Mörfelder Verwaltungschef meint: Nach der geschilderten Sachlage und den Auskünften ist die Einrichtung einer Altglassammelstelle zumindest für die Stadtverwaltung eine personalkostenintensive Maßnahme.

Einerseits ist eine ständige Überwachung notwendig und andererseits müßte die Öffnungszeit dieser Altglassammelstelle zumindest teilweise (Samstag!) außerhalb der regulären Arbeitszeit der Bauhof-Bediensteten sein. Nach Auffassung des Magistrats sollte die angekündigte Studie des Landkreises abgewartet werden, bevor eine Altglassammelstelle in Mörfelden eingerichtet wird.“

Wir meinen, wenn die DKP Vorschläge macht, die von der Bevölkerung begrüßt werden, türmt man erst einmal Schwierigkeiten auf.

Daß es auch anders geht, zeigt untenstehender Artikel der Frankfurter Rundschau vom 6. Mai 1976.

## Drei Fliegen mit einer Klappe geschlagen

Deutsches Rotes Kreuz in Nienburg kümmert sich um die Beseitigung von Glasabfall

MÜNCHEN, 5. Mai. Das Deutsche Rote Kreuz (DRK) in Nienburg an der Weser ist von Geldsorgen befreit, seitdem es sich in die Glas-Abfallbeseitigung eingeschaltet hat. Im letzten Jahr floßen der dortigen DRK-Organisation aus der Sammlung und dem Verkauf von Altglas 100 000 Mark zu. Die Aktion schlug noch zwei andere Fliegen mit der gleichen Klappe: Sie entlastete die örtliche Müllabfuhr, und sie führte der Industrie Rohstoffe zu, die sonst auf der Müllhalde verschwunden wären. In München bezeichnete die „Studiengruppe Altglas“ Nienburg als Vorbild für die sinnvolle Verwendung von Abfallglas.

Welche Ausmaße das Problem des Glasabfalls inzwischen angenommen

hat, zeigt sich am Beispiel Münchens. Von den 400 000 Tonnen Haushaltsmüll, die dort jährlich anfallen, bestehen zehn Prozent aus Glasbehältern. Jeder Einwohner liefert monatlich drei Kilo Altglas. Verschärft hat sich die Situation vor allem durch den Siegesmarsch der Einwegflasche: Wein wird zur Zeit zu 60 Prozent, Limonaden und andere alkoholfreie Getränke zur Hälfte, Bier allerdings erst zu 6,5 Prozent in Wegwerfflaschen abgefüllt.

Um einen Beitrag zur Besserung und zum Umweltschutz zu leisten, rief die Glasindustrie vor einigen Jahren die „Studiengruppe Altglas“ ins Leben. W deren Leiter Heinz Knoche nun als Zwischenbilanz mitteilte, wurden im letzten

Jahr schon 200 000 Tonnen gebrauchtes Glas gesammelt und für die Produktion neuen Glases wiederverwendet (Recycling). In diesem Jahr wird die Menge voraussichtlich auf 300 000 Tonnen steigen. Insgesamt könnte die Industrie rund 800 000 Tonnen Altglas bewältigen.

Die Methoden, um an das Glas zu gelangen, sind unterschiedlich. Die zuständigen „Entsorgungsfirmen“ arbeiten teilweise allein, teilweise mit Organisationen zusammen, die durch ihre Mithilfe Geld für gemeinnützige Zwecke zu bekommen erhoffen. Die katholische Pfarrjugend von München finanzierte zum Beispiel auf diese Weise ein Hilfsprojekt in den Armenvierteln von Kalkutta.



# Besuch im Altenwohnheim

Dieser Tage besuchten die beiden DKP-Stadtverordneten Heinz Hechler und Michael Denk das Altenwohnheim in der Kelsterbacher Straße. Schon vor einiger Zeit wurden sie darauf hingewiesen, daß die Bewohner, seitdem der Pächter der Massageräume seine Dreizimmerwohnung dort aufgab, etwas beunruhigt sind. Mit dieser Wohnung, die von Anfang an als Hausmeisterwohnung vorgesehen war, sind alle anderen durch eine Rufanlage verbunden, damit in dringenden Fällen auch während der Nacht Hilfe herbeigerufen werden kann. Aber was nützt die beste Rufanlage, die sogar mittels Zugschalter von der Badewanne aus zu bedienen ist, wenn in vorgenannter Wohnung ein alleinstehender Mann wohnt, der selbst Hilfe benötigt? Hier muß Abhilfe geschaffen werden. Von den Mietern wird die Meinung vertreten, daß es sehr gut wäre, wenn sie in diesem Hause wieder eine Anlaufstelle hätten, wenn sie einmal was bedrückt. Hier würde sich ein Ehepaar eignen, von dem mindestens eine Person in erster Hilfe ausgebildet ist und von dem darüber hinaus noch eine gewisse Hausmeisterfunktion ausgeübt werden könnte. Die DKP-Fraktion hat sofort eine entsprechende Anfrage an den Magistrat gerichtet. Hoffentlich fallen diese Vorschläge auf fruchtbaren Boden.

Bei diesem Besuch im Altenwohnheim wurden den beiden Stadtverordneten noch einige Verbesserungsvorschläge mit auf den Weg gegeben.

Eine alleinstehende Frau meinte: „Wir wohnen ja sehr schön hier, mit Blick auf den Wald. Aber die große Rasenfläche hinter dem Haus müßte nicht total verdort sein. Oder muß die Stadt auch mit Wasser sparen?“

Ein anderes Ehepaar würde es begrüßen, wenn ein Gemeinschaftsraum vorhanden wäre, in dem man sich untereinander, aber auch einmal bei Geburtstagen, mit seinen Verwandten zusammenfinden könnte.

Dies würde bestimmt zur Kommunikation beitragen und auch eine kulturelle Betreuung ermöglichen.

Nicht erfreut waren die älteren Leute über die von der Stadt bereits durchgeführte Mieterhöhung von nahezu 15 Prozent.

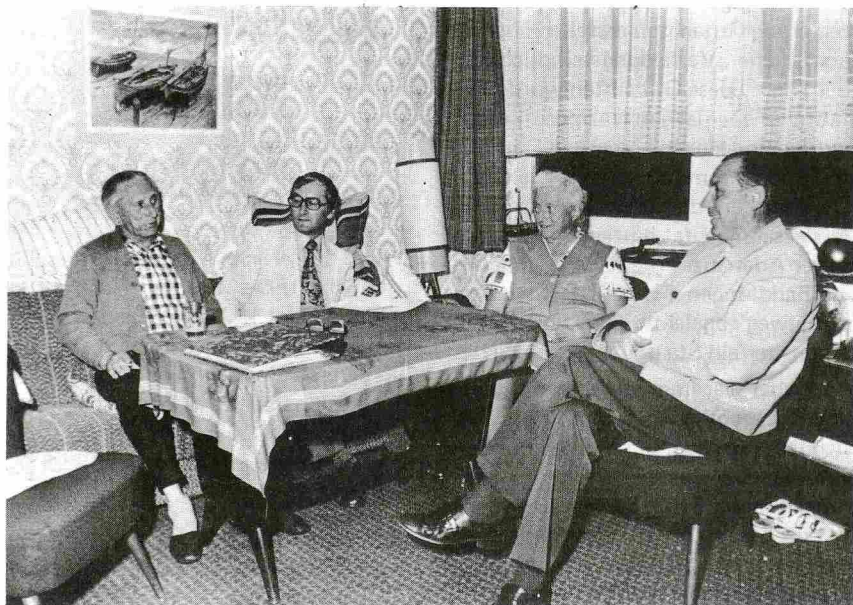
Danach beträgt die Miete für eine Einzimmerwohnung mit 36 Quadratmeter Wohnfläche jetzt 166 DM gegenüber seither 146,— DM.

Bei der Zweizimmerwohnung mit 46 Quadratmeter Wohnfläche erhöhte sich der Preis von 191,— DM auf 216,— DM.

1974 betrug die Miete für diese letztgenannte Wohnung noch 150,— DM. Also auch hier langt die Stadt ganz schön zu. HH

## GESTANK

Schon vor über 20 Jahren stellte die KPD-Fraktion in Mörfelden und damals auch im Kreistag einen Antrag, die im wahrsten Sinne des Wortes zum Himmel stinkenden Langener Abwässer zu beseitigen. Aber bislang wurden immer nur Sitzungen gemacht und nichts geändert. Es ist schade um das Bier, das die verantwortlichen Herren von SPD, FDP und CDU auf diesen Tagungen trinken. In der Zwischenzeit stirbt der Nauheimer Oberwald. Bereits jetzt steht fest, daß es bei sofortigem Beginn der Arbeiten zur Normalisierung des Zustandes wahrscheinlich über 20 Jahre dauern wird, bis dort wieder normaler Baumbestand angepflanzt werden kann. Vor kurzer Zeit wurde festgestellt, daß der ganze Gundbach ein einziger Seuchenherd ist. Wie ist das mit dem Gerätsbach (Mühlbach), der aus dem Nauheimer Oberwald kommt und ganz bestimmt nicht sauberer als der Gundbach ist? Es liegt genügend Grund vor, anzunehmen, daß der Wald und somit auch der Gerätsbach der mitten durch Mörfelden fließt (direkt am Bach liegen auch ein Kindergarten und das Schwimmbad!), besonders jetzt im Sommer sich verstärkt zu Seuchenherden entwickeln. Die Mörfelder haben jetzt nicht nur den Gestank und den abgestorbenen Wald, nein, das reicht den verantwortlichen Politikern noch nicht, um die Bevölkerung Unannehmlichkeiten auszusetzen. Bazillen und Seuchen fließen wahrscheinlich mitten durchs Ort. Es ist kein Geld da, so heißt es, um einen solchen Schandfleck zu beseitigen. Es ist aber wohl Geld da — nur für eine Kürzung des Rüstungsetats und der Konzernprofite will man sich nicht einsetzen, denn das gehöre nicht hierher, sei „höhere“ Politik. Aber der Stadt Mörfelden wurden aus den Schlüsselzuweisungen vom Land Beträge in Höhe von 368.000 DM gestrichen. Wo bleiben da unsere Steuergelder und ist das nicht ein massiver Eingriff von „oben“ in die finanzielle Situation der Gemeinden, die sowieso die Hauptlast der sozialen Ausgaben zu tragen haben? Wie will man denn in Zukunft solche Eingriffe verhindern, ja mehr Geld erhalten für notwendige Belange der Bevölkerung, wenn man von „oben“ nicht mehr Geld verlangt und sich massiv in die politischen Angelegenheiten einmischet? Große Politik ist von kleiner nicht zu trennen, das sagen Kommunisten schon immer, aber trotz zum Himmel stinkender Ereignisse wird das den Politikern der CDU, der FDP, aber auch vielen der SPD, nicht klar oder will man es nicht wahr haben?



Die DKP-Stadtverordneten Michael Denk und Heinz Hechler besuchten das Altenwohnheim und kümmerten sich um die Probleme der dort wohnenden älteren Mörfelder.



# Darum geht's in der Bildung!

Die DKP unterstützt mit allen Kräften die Aktionen von Gewerkschaften, Jugend- und Studentenorganisationen, von Eltern, Lehrern und Schülern, die sich gegen die undemokratischen und unsozialen Sparmaßnahmen wehren und im Interesse der Arbeiterklasse um die Verwirklichung der elementarsten Bildungsrechte kämpfen. Sie leistet zugleich eigenständige Beiträge zu diesen Aktionen.

Die DKP vertritt folgende Forderungen:

- Für demokratische Reformen im Interesse der Arbeiterkinder und -jugendlichen, gegen die Unterordnung der Bildung unter Konjunktur-entwicklung, Rüstung und Profit.
- Verpflichtung vor allem der Großbetriebe, 250.000 zusätzliche Ausbildungsplätze zu stellen, Schaffung überbetrieblicher Lehrwerkstätten.
- Erhaltung und Ausbau der Lehrmittelfreiheit, der Ausbildungsförderung und der übrigen sozialen Rechte im Bildungswesen.

## Laßt den Adenauer wo er ist

Der CDU-Ortsverband-Mörfelden feiert in diesen Tagen den 100. Geburtstag Konrad Adenauers. Wir nehmen dies zum Anlaß, einige Worte über den „großen Deutschen“, wie er von der CDU genannt wird, zu sagen. Die CDU sieht in Adenauer einen Mann, der sich von ganzem Herzen für die Einheit Deutschlands einsetzte. Wie war die Wirklichkeit? Schon 1918 forderte der Separatist Adenauer die Loslösung des Rheinlandes vom deutschen Reich. 1923 wollte er das Rheinland und das Ruhrgebiet von Deutschland losreißen. Diese Versuche wurden durch das einheitliche Handeln der Arbeiterklasse verhindert. Nach dem Krieg setzte sich Adenauer in ähnlicher Weise für ein „einheitliches“ Deutschland ein. Er unterstützte als einflußreicher Politiker die Gründung eines westdeutschen Staates, der BRD. Außerdem forderte er die Remilitarisierung in Westdeutschland. Als „guter Demokrat“ ließ Adenauer Volksbefragungen zu diesem Thema verbieten. Die Bundesregierung stellte

- Einführung des allgemeinen zehnten Schuljahres.
- Einstellung aller ausgebildeten Lehrer – weg mit der Lehrerarbeitslosigkeit und Berufsverboten.
- Beseitigung der Zulassungsbeschränkungen an den Hochschulen und entsprechender Maßnahmen am gesamten Bildungswesen (reaktionäre Auslesepolitik, Benachteiligung der Arbeiterkinder).

Die Finanzierung ist vor allem sicherzustellen durch:

- Senkung der Rüstungs- und Verteidigungskosten.
- Streichung der Konzernsubventionen.

## 40 Prozent

Nach Angaben des Statistischen Amtes der EG haben die Bürger der Bundesrepublik in den letzten fünf Jahren (1970 bis 1975) einen Kaufkraftverlust von fast 40 Prozent (37,2 Prozent) hinnehmen müssen.

unter seiner Kanzlerschaft den Antrag auf das Verbot der KPD. Bei dem anschließenden Prozeß vor dem Bundesverfassungsgericht ließ sich die Bundesregierung Gutachten erstellen über die angebliche „Verfassungsfeindlichkeit“ der KPD. Diese Gutachten wurden verfaßt von ehemaligen Nazipolitikern. Es wurde eine Hexenjagd gegen Demokraten und Kommunisten entfesselt. Viele Demokraten, die schon in den KZs Hitlers geschmachtet hatten, wanderten unter Adenauer erneut ins Gefängnis. Verhandlungen mit der DDR wurden grundweg abgelehnt. Die DDR war für Adenauer ein Staat, der nicht existierte. Adenauer war immer Diener des Groß- und Rüstungskapitals. Er widersetzte sich jeder Entspannung und behinderte alle Versuche demokratischer Erneuerungen in der BRD. Er war einer der Haupteinpeitscher der Politik des kalten Krieges. Wenn die CDU sich heute rühmt, die Adenauersche Politik fortzusetzen, so stimmt das. Sie betreibt im Sinne Adenauers eine antidemokratische Politik für die Unternehmer.

# Arbeiterkinder weniger Chancen

1965 waren von allen Studenten der Bundesrepublik sieben Prozent Kinder von Facharbeitern, fünf Prozent Kinder von ungelerten Arbeitern. Zusammen also zwölf Prozent.

Die neuesten Zahlen der Bundesregierung für die Gegenwart: neun Prozent Kinder von Facharbeitern, vier Prozent Kinder von Ungelernten. Zusammen also 13 Prozent. Der Anteil der Arbeiterkinder unter den Studenten ist also fast gleich geblieben; die Kinder von Ungelernten stehen sogar schlechter da.

23,7 Prozent der Kinder unseres Landes haben einen ungelerten Arbeiter zum Vater. Unter den Schülern der Hauptschule, der am schlechtesten gestellten Schule also, befinden sich aber 29,8 Prozent der Kinder dieser Herkunft. Kinder von Ungelernten haben also deutlich schlechtere Bildungsmöglichkeiten.

Auch heute noch hat das Kind eines Beamten eine mehr als achtmal so gute Chance, aufs Gymnasium zu kommen wie das Kind eines ungelerten Arbeiters.

## Von jeder Mark nur 41 Pfennig

Das bürgerliche Konjunkturforschungsinstitut IFO-München veröffentlichte Ende März 1976 die Ergebnisse seiner Berechnungen, nach denen die Lohnsteuersumme schon im Jahre 1976 erneut um über zehn Prozent auf 78,4 Milliarden DM steigen soll. 1975 lag die Lohnsteuersumme bei 69,98 Milliarden DM.

Nach der Rechnung des Instituts verblieben den Arbeitern im Jahre 1974 von jeder zusätzlich erkämpften Mark im Durchschnitt 0,60 DM, während im Jahre 1976 nur noch 41,4 Pfennig übrigbleiben werden.



# Bürgerbefragung

Mit einem Brief ruft der Magistrat unserer Stadt die Bürger auf, ihr Votum über den zukünftigen Namen der Städte Walldorf und Mörfelden abzugeben. Es ist nicht zu verstehen, warum der Antrag der DKP, eine Bürgerbefragung zur Fusion durchzuführen (dies hätte eine Zeile mehr bedeutet auf dem Befragungsbogen) von der SPD-Mehrheit im Stadtparlament abgelehnt wurde. Es ist auch unverständlich, warum Sozialdemokraten, die doch einmal mehr Demokratie wagen wollten, Beschlüsse fassen, durch die die Selbständigkeit von lebensfähigen Städten aufgehoben wird, ohne auch nur den Bürger, also den eigentlich Betroffenen, einen Deut um seine Meinung zu fragen. Gebietsreformen werden durchgeführt, die weniger Demokratie, mehr Bürokratie, weniger soziale Leistungen, mehr finanzielle Belastungen für die Bevölkerung bedeuten. Nachher wundert man sich, wenn es überall Proteste hagelt und das nicht nur in Mörfelden. Man muß selber zugeben, daß es im ganzen Bundesgebiet (so Schmidt-Vockenhausen, MdB zu Vertretern der

Bürgerinitiative „Mörfelden bleibt“) keinen Fall gibt, wo solche bereits durchgeführten „Reformen“ und ihre Folgen den Beifall der Betroffenen gefunden hätten.

Das Argument, man wäre sonst nach Frankfurt eingemeindet worden, ist aus der Luft gegriffen, denn der Moloch Frankfurt fragt nicht danach, ob er Orte getrennt oder nach einer Fusion schluckt, letzteres ist für ihn höchstens bequemer, da er sich dann nur mit einer Verwaltung auseinandersetzen hat. Wir Kommunisten sind der Meinung, nur Proteste von unten können da helfen. Die auf ihren hohen Rössern im Landtag und im Bundestag sitzenden Abgeordneten von SPD/FDP und CDU/CSU müssen Feuer unter ihre Sessel be-

kommen, nur dann gibt es Änderungen im Sinne der Bevölkerung und nicht im Interesse der Unternehmer. Diese Bürgerbefragung ist das Ergebnis, das den Mörfelder Parteien nach langen Aktivitäten der Bürgerinitiative abgetrotzt werden konnte. Es ist der kleine Rest eines Antrages der DKP. Doch die Befragung nur zur Namensgebung, noch dazu mit diesem schlichten Aufruf, halten wir für sehr mager. Was dem Bürger da an Mitbestimmung über seine Zukunft eingeräumt wird, ist mickrig.

Als winziger Teil eines demokratischen Aktes, wenigstens einmal über diesen Weg der Bürgerbefragung seine Meinung zu äußern, lehnen wir diese Befragung nicht ab und haben durch unseren Fraktionsvorsitzenden unterzeichnet. Wir rufen alle Bürger auf, soweit sie noch nicht abgestimmt haben, Gebrauch von ihrem Votum zu machen und den Kunstnamen abzulehnen.

Anzeige

In wenigen Monaten soll Mörfelden Waldfelden heißen!

In wenigen Monaten will man Mörfelden und Walldorf fusionieren!

Die überwiegende Mehrheit der Mörfelder Bevölkerung will das nicht!

## Ist Mörfelden noch zu retten?

Diskutieren Sie mit hessischen Spitzenpolitikern diese Frage.

Besuchen Sie die Podiumsdiskussion der überparteilichen Bürgerinitiative „Mörfelden bleibt“.

Diskussionsteilnehmer:

Karl-Heinz Ernst, SPD, Landtagsabgeordneter  
Georg Sturmowsky, CDU, Landtagsabgeordneter  
Dr. Ellen Weber, DKP, stellvertretende Bezirksvorsitzende der DKP-Hessen

Dienstag, 1. Juni 1976, 20 Uhr, Bürgerhaus Mörfelden

### Einschüchterungsversuch

Wie bereits berichtet, wurde der von der Bürgerinitiative „Mörfelden bleibt“ im März veranstaltete Autokorso von zwei bewaffneten Kriminalbeamten aufmerksam beobachtet.

Wie man sieht, ist man sehr bemüht, „mehr Demokratie zu wagen“. Beim Autokorso für die Selbständigkeit Mörfeldens gab es viele Teilnehmer. Interessant ist, welche Leute sich die Kripo gemerkt hat, um sie wegen irgendwelcher belangloser Formalien zu verhören. So erhielten der DKP-Kreisvorsitzende, der DKP-Ortsvorsitzende, der DKP-Fraktionsvorsitzende und die Sprecherin der Bürgerinitiative eine Vorladung von der Kriminalpolizei. Glaubt man so die Äußerung des Bürgerwillens verhindern zu können?

Ja, die freie Meinungsäußerung in unserem Staate. Sie findet statt bei der Kripo in Rüsselsheim, Ludwig-Dörfler-Allee auf Zimmer 35, Stockwerk 2 (Personalausweis ist mitzubringen).



# Freitags-Anzeiger

für Mörfelden, Walldorf, Kelsterbach und Zeppelinheim - Organ zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Bürgermeistereien und Behörden

Freitags-Anzeiger - 6082 Mörfelden - Langener Straße 35a

An alle Arbeiter  
der Firma Mörfelder Druck-  
und Verlagsges. mbH & Co. KG  
Mörfelden, Langener Str. 35 a

Verlag: Mörfelder Druck- und  
Verlagsgesellschaft mbH & Co KG  
6082 Mörfelden  
Langener Straße 35a  
Telefon (0 61 05) 16 61

Ihre Nachricht vom                      Ihr Zeichen                      Unser Zeichen                      Datum

Die Industriegewerkschaft Druck und Papier führt gegen die Mitgliedsfirmen des Verbandes Landesverband Druck e.V., Hessen, Kampfmaßnahmen durch. Der Verband hat in Abwehr dieses Arbeitskampfes beschlossen, daß seine Mitgliedsfirmen ihre Lohnempfänger aussperren.

Beginn der Aussperrung: Freitag, den 30.4.1976, 8 Uhr.

Die Geschäftsleitung der Firma Mörfelder Druck- und Verlagsges. mbH & Co. KG, gibt in Durchführung dieses Beschlusses bekannt, daß die Arbeitsverhältnisse der Arbeiter ab 30.4.1976, 8 Uhr für die Dauer des Arbeitskampfes ausgesetzt werden und ruhen. Während dieser Zeit darf das Werksgelände nicht betreten werden; die Lohnzahlungspflicht entfällt. Eine Auflösung der Arbeitsverhältnisse ist mit dieser Aussperrung nicht verbunden.

Von der Aussperrung ausgenommen sind die für den Notdienst bestimmte Personen.  
Diesen geht hierüber gesonderte Mitteilung zu.

Die vorstehende Aussperrungsmaßnahme wird hiermit bekannt gemacht. Der Zeitpunkt der Wiederaufnahme der Arbeit wird nicht durch Einzelschreiben, sondern nur durch Anschlag an dem Fabriktor oder gegebenenfalls durch die öffentlichen Nachrichtenmittel bekanntgegeben.

Mörfelden, den 29.4.1976

Auch der „Freitags-Anzeiger“ sperrte aus. Obwohl die Hessische Verfassung keine Aussperrung vorsieht, beteiligte sich der „Freitags-Anzeiger“ während des Arbeitskampfes der Drucker an dem vom Landesverband der Unternehmen der Druckindustrie beschlossenen Aussperrungsmaßnahmen. Zuvor aber wurde durch einen Notdienst schnell noch eine Notausgabe fertiggestellt, in der vor allem die Anzeigen abgedruckt wurden.

Aus Briefen:

## FRIEDHOF

„Der Mörfelder Friedhof ist eine sauber gehaltene Anlage und es gibt das Berühren seitens der Stadt, in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung alles in Ordnung zu halten. Wie wäre es denn, wenn man neben den bereits vor Jahren eingeführten städtischen Gießkannen dort auch in entsprechender Weise Rechen zur Verfügung stellen würde?“

S.St.

## SCHWIMMBAD

„Seit Jahren fällt einem in Mörfelden auf: Seitdem es ein geheiztes Freibad gibt, öffnet das Schwimmbad keinesfalls früher als sonst. Bereits vor vielen Wochen öffneten die beheizten Freibäder in anderen Städten (in Frankfurt am 15. April). Es gab auch schon reichlich schönes Badewetter in dieser Zeit. Warum bringt eigentlich die Stadt Mörfelden so etwas nicht hin? Jedes Jahr spricht man von den notwendigen Ausbesserungsarbeiten. Wieso können diese denn in anderen Städten rechtzeitig ausgeführt werden? Da macht der Bürgermeister großangelegte Rundgänge auch durch das Schwimmbad, aber in solchen Fragen hört man nichts. Wenn man schon ein beheiztes Freibad hat, dann muß es auch möglich sein, die entsprechenden Vorarbeiten so rechtzeitig abzuschließen, daß es einen entsprechenden Vorteil für die Bevölkerung bietet. In anderen Orten ist das auch möglich.“

P.M.

...schreib  
mit!

Sicher haben Sie schon bei manchem Problem gedacht, „... das müßte in den ‚blickpunkt‘“ – und dann ging es doch wieder vergessen.

Das muß nicht sein. Schreiben Sie uns, wenn Sie Vorschläge machen wollen, schreiben Sie uns, wenn Sie wollen, daß „Ihr“ Problem an die Öffentlichkeit soll. Wir drucken Ihre Hinweise ab – mit Namen oder ohne Namen – ganz, wie Sie es wünschen.

Mach mit!

Der Arbeitskreis Frauenpolitik in der DKP-Mörfelden hat einen neuen Arbeitsplan vorgelegt. Alle darin bekanntgemachten Veranstaltungen finden im evangelischen Gemeindezentrum in der Kelsterbacher Straße statt und sind öffentlich. Interessierte Frauen und Männer sind herzlich eingeladen.

26. Mai:  
Diskussion über Berufsverbote

29. September:  
Diskussion: „Was hat uns das Jahr der Frau gebracht?“

15. Oktober:  
„Kann Literatur vorwärtsbringen?“

10. November:  
„Was gibt uns Beethoven?“

Dazwischen finden regelmäßig Bildungsthemen statt. Besonders behandelt wird am 4., 18. August und am 15. September der Themenbereich „Frauenbewegung.“

Hinzu kommen ein weiteres Bildungsthema am 9. Juni und der Antikriegstag.

Mit dem Abschluß des Arbeitsplanes beginnt die Zusammenstellung des nächsten unter Berücksichtigung aller wertvollen Vorschläge. Natürlich werden diese Veranstaltungen alle noch einmal besonders bekanntgemacht. Kommt doch mal zu uns und diskutiert mit uns.

Waltraud Träger  
Hochstraße 6  
Mörfelden